

Europatelegramm

Informationen von Prof. Dr. Dietmar Köster, MdEP (SPD)



Ausgabe 1/2023, #34

S&D

WIR IN
EUROPA

Ein Jahr russischer Krieg gegen die Ukraine

Seit einem Jahr erleben wir einen schrecklichen Angriffskrieg Russlands, der völkerrechtswidrig und durch nichts zu rechtfertigen ist. Es sind Zehntausende von Opfern, Millionen von Flüchtlingen und schreckliche Zerstörungen zu beklagen. Mit der Bombardierung der zivilen Infrastruktur begeht die russische Führung Kriegsverbrechen. Russland muss den Krieg beenden und seine Soldaten zurückziehen. Wir stehen an der Seite der Menschen der Ukraine. Die EU unterstützt die Ukraine finanziell, humanitär, ökonomisch und auch militärisch.

Der Verlauf des Kriegs zeigt, dass wir uns in einer militärischen Eskalationsspirale befinden. Die Mehrheit der Bundesbürger*innen sind sehr besorgt, dass sich dieser Krieg ausweitert und es zu einem Weltkrieg kommt. Aus der Perspektive eines Sieges um jeden Preis haben die Waffenlieferungen mittlerweile eine Eigendynamik entwickelt, die uns über die Schwelle zu einem dritten Weltkrieg führen kann. Das muss verhindert werden. Daher dürfen keine international geächteten Waffen wie Streumunition und Phosphorbomben geliefert werden. Die Lieferung von Kampfflugzeugen und weitreichenden Raketen sind abzulehnen. Auf solche Waffenlieferungen würde Russland mit einer weiteren immer weniger zu kontrollierenden Eskalation reagieren. Der Preis für die Unterstützung der Ukraine darf nicht die Zerstörung der Ukraine sein.

Einige meinen, die Entscheidung in diesem Krieg müsse auf dem Schlachtfeld gesucht werden. Hiervor warnen der höchste US-amerikanische Militäarchef, Mark Milley, oder auch der jahrelange sicherheitspolitische Berater von Kanzlerin Merkel, Erich Vad: Ein militärischer Sieg der Ukraine ist nicht zu erwarten, und Verhandlungen sind der einzig mögliche Weg. Es drohe ein schrecklicher Abnutzungskrieg, bei dem es zu einer sinnlosen Verschwendung von Menschenleben kommt. Es gehe darum, nicht nur einseitig auf Waffen zu setzen, sondern politische Lösungen zu finden.

Daher brauchen wir jetzt endlich mehr Mut zur Diplomatie. Sie wird den Weg zum Frieden öffnen. Und es gibt Beispiele: Das Getreideabkommen, die Gefangenenaustausche und die Verhandlungen der Internationalen Atomenergiebehörde der UN über eine



demilitarisierte Zone um das Atomkraftwerk Saporischia.

Der brasilianische Präsident Lula hat vor kurzem neue diplomatische Initiativen gefordert. Brasilien und China könnten hier eine wichtige Rolle spielen. China hat einen 12-Punkteplan vorgeschlagen. Es ist zu begrüßen, dass China deutlich macht, dass im Krieg keine Atomwaffen eingesetzt werden dürfen. Das ist ein deutliches Zeichen an Putin, der immer wieder in der Öffentlichkeit damit droht. Auch Selensky zeigte sich in einer ersten Reaktion offen für den Vorschlag Chinas.

Wir brauchen dringend einen Waffenstillstand!

Und die EU als Friedensnobelpreisträgerin muss endlich selbst diplomatische Initiativen entwickeln. Der Krieg löst keine Probleme. Der Krieg ist das Problem. Geben wir dem Frieden eine Chance!

Text: Prof. Dr. Dietmar Köster



Revolution im Iran: Besorgniserregende Entwicklungen

Seit dem gewaltsamen Tod von Jina Mahsa Amini im September 2022 protestieren die Menschen im Iran. Unter dem Slogan „Frau Leben Freiheit“ fordern sie einen demokratischen und pluralistischen Staat. Doch mittlerweile erhebt ein anderer Oppositioneller seine Stimme: Reza Pahlavi, Sohn des ehemaligen Diktators und Schahs. Er will die Restaurierung der Monarchie und erhebt Anspruch auf die Macht.

Besorgniserregend ist seine massive Lobbyarbeit auf internationaler Ebene. Auch wurde er Anfang März als „Oppositionsvertreter“ des iranischen Regimes von einem rechtsnationalen Abgeordneten in das Europäische Parlament eingeladen. Offenbar halten einige ihn für eine legitime bzw. legitimierte Verhandlungsperson. Er ist jedoch mitnichten eine Stimme derer, die täglich auf den Straßen Irans ihr Leben und ihre Freiheit aufs Spiel setzen. Bislang hat der in den USA Ansässige keine Rolle bei den Protesten gespielt. Seine Ansichten sind nationalistisch und reaktionär, von den Taten seines Vaters hat er sich nie distanziert. Gefährlich ist, dass er sowohl die Bewegung im Iran, als auch in der Diaspora spaltet. Verhandelt man

mit ihm, fällt man nicht nur den Protestierenden in den Rücken, sondern wäre dies auch ein Affront gegenüber den vom Geheimdienst des Schahs SAVAK Gefolterten und Ermordeten.

Die Iraner*innen haben 1979 den Sturz des Schahs erkämpft. Nach Jahrzehnten des Mullah-Regimes fordern sie nun den Zusammenbruch des Regimes und eine radikale Umwälzung. Das Zurückfallen unter das Joch der Monarchie gehört nicht zu ihren Vorstellungen einer neuen Gesellschaft. Die westlichen Staaten sollten deswegen Pahlavi tunlichst nicht hofieren und alles dafür tun, die feministische Revolution zu unterstützen. Rund 500 Menschen sind seit Beginn der Proteste getötet worden, 20.000 wurden inhaftiert und 109 Personen droht die Todesstrafe. Umso unverständlicher ist es, dass 2022 der Asylantrag mehr als jeder zweiten Person aus dem Iran in Deutschland abgelehnt wurde, auch nach Beginn der Proteste. Ein Bleiberecht für Iraner*innen muss endlich gewährleistet werden!

Text: Dr. Sonja Grabowsky

Neues aus dem Europaparlament

Im März traf sich das Team Köster zur Teamklausur in Brüssel, um unsere inhaltlichen Schwerpunkte für 2023 festzulegen. Endlich waren wir mal wieder zusammen!

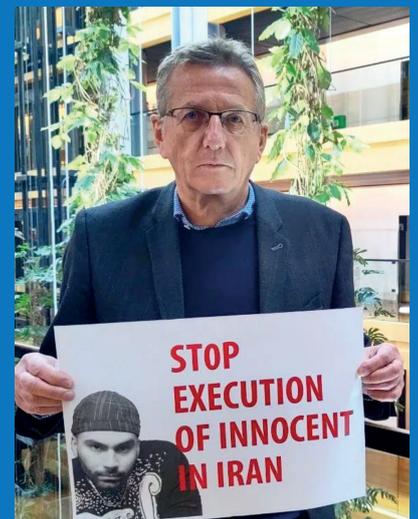
Für mehr Transparenz im Umgang mit Lobbyismus! Der Austausch mit Interessensvertreter*innen ist regelmäßiger Bestandteil des parlamentarischen Alltags. Alle Termine von Dietmar aus der letzten Zeit sind online.

Am 2. Februar sprach sich das Parlament in einer Resolution für die Lieferung von Kampfflugzeugen und Langstreckenwaffensystemen an die Ukraine

aus. Dietmar stimmte dagegen.

Ende Februar war Dietmar auf Delegationsreise in Bosnien und Herzegowina. Eine gute Gelegenheit, um u.a. Christian Schmidt, den Hohen Repräsentanten, mit kritischen Fragen zu konfrontieren.

Das iranische Mullah-Regime muss weg! Die Terrorisierung von Protestierenden muss ein Ende haben. Ende Januar übernahm Dietmar die politische Partnerschaft für den 24-jährigen Danush Kiadehi. Er ist mittlerweile auf Kautionsfreigabe freigelassen worden. Nun bleibt abzuwarten, ob die Anklagepunkte gegen ihn fallen gelassen werden.



Text: Dr. Sonja Grabowsky

Digitale Initiativen zum Holocaustgedenktag

Jährlich am 27. Januar gedenken wir den Opfern und Überlebenden des Holocausts – zunehmend auch im digitalen Raum. Hier gibt es zahlreiche Initiativen, die alle durch das Ziel verbunden sind, die Erinnerung wachzuhalten.

Auf dem Berg des Gedenkens in Israel erstreckt sich über 18 Hektar die Gedenkstätte Yad Vashem. Schon längst reicht ihre Arbeit über das Gelände hinaus. Dazu gehört die digitale I-Remember-Wall, welche Opfern des Nationalsozialismus ein Gesicht und eine Geschichte gibt. Dietmar nahm an der Aktion teil und gedachte Anna Neumann. Sie wurde 1925 in Österreich geboren, lebte während der NS-Zeit in Wien und wurde in der Shoah ermordet.

Jeder Name zählt. Deshalb bauen die Arolsen Archives eine Online-Datenbank auf. Wir alle können helfen, sie zu vervollständigen und Häftlingskarten von KZ-Insassen digitalisieren. Ein Beispiel ist diese KZ-Häftlingskarte. Das umgekehrte Dreieck rechts weist darauf hin, dass es sich um einen von den Nazis als „homosexuell“ kategorisierte Person handelt - ein Akt der Entmenschlichung und Unsichtbarmachung des Individuums, worauf weiterer

Terror und Vernichtung folgten. Dietmar und sein Team sind dem Aufruf der Archives gefolgt und digitalisierten in der Woche vor dem Gedenktag solche Häftlingskarten.

„Homosexuelle Opfer des Nationalsozialismus wurden nicht nur totgeschlagen; sie wurden auch totgeschwiegen.“ Die Arbeitsgemeinschaft der NRW SPD für Akzeptanz und Gleichstellung machte am internationalen Gedenktag auf ihren Online-Plattformen auf queere Opfer aufmerksam.

Nach 1945 waren sie nicht berechtigt, Wiedergutmachung zu beantragen, und der Paragraph 175 blieb weiterhin in Kraft. 2023 hat der Bundestag zum ersten Mal das Gedenken an die Verfolgung sexueller Minderheiten durch das NS-Regime betont. Die NRW SPD Queer betont auf Social Media zurecht: „Demütigungen, Anfeindungen, Verleumdungen und Ausgrenzungen ebnet jener Menschenverachtung und Gewalt den Weg, die in Auschwitz gipfelte. Deshalb: Kein Schlussstrich! Wir dürfen und werden die Opfer des Nationalsozialismus – auch die queeren – niemals vergessen!“



Links: Portraitaufnahme von Anna Neumann, Rechts: KZ-Häftlingskarte von Tadeusz Baranowski



Symposium „Gedenken bedeutet Handeln!“ im Deutschen Bundestag am 27. Januar 2023

Text: Lisa Storck

Aus der Betreuungsregion



Dietmar und Dr. Nadja Büteführ (MdB) bei der Mahnwache in Herdecke

Der Genozid, der 1995 an den muslimischen Bosniaken verübt wurde, stand im Mittelpunkt eines Gesprächs mit Volkan Baran (MdB) und Dr. Edvin Destanovic (Deutsch-Bosnische Initiative NRW e.V.). Wichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten, damit so etwas nie wieder passiert. Dietmar unterstützt die Arbeit der Initiative in Dortmund und begrüßt, dass Bosnien und Herzegowina im Dezember 2022 der Status eines EU-Bewerberlands zuerkannt wurde.

Das katastrophale Erdbeben in der Türkei und Syrien verursacht unermessliches Leid. Dietmar war vor Ort in Dortmund,

als LKWs mit Hilfsgütern zur Unterstützung der Erdbebenopfer losfahren. Sein Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen der Opfer in Syrien und in der Türkei.

Am 24. Februar 2023 jährte sich der schreckliche Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. In Dietmars Betreuungsregion fanden aus diesem Anlass zahlreiche Veranstaltungen statt. Dietmar beteiligte sich an einer Mahnwache in Herdecke und forderte: „Die Waffen müssen schweigen!“

Dietmar wurde vom Unterbezirksvorstand Ennepe-Ruhr erneut für den Landesvorstand der SPD nominiert.

Text: Ulla Große-Ruyken



„Heute schmerzt und weint mein Herz für mein geliebtes Land Afghanistan“

Schadab Noorzad ist Aktivistin für Frauenrechte, Friedensanwältin und Bildungsaktivistin in Afghanistan. 2022 wurde sie in den Vereinigten Arabischen Emiraten als inspirierendste afghanische Führungspersönlichkeit ausgezeichnet. Sie hat sich bereit erklärt, uns ihre Eindrücke seit der Machtübernahme der Taliban zu schildern.

„Manchmal, wenn du an einem dunklen Ort bist, denkst du, du bist begraben, aber in Wirklichkeit bist du gepflanzt worden.“ Christine Caine

Heute schmerzt und weint mein Herz für mein geliebtes Land Afghanistan. Nach der Entwicklung vom 15. August 2021 wurden die Menschen Zeug*innen der Rückeroberung der Macht durch die Taliban, eine Gruppe von Extremisten, die jeder afghanischen Frau einen Schauer über den Rücken jagt. Die internationale Gemeinschaft mit der Unterstützung der EU, einschließlich der USA und Verbündeten mit den Streitkräften der Islamischen Republik Afghanistan, hat dem afghanischen Volk zwei Jahrzehnte lang zur Seite gestanden, um die Souveränität des Landes gegen die Taliban und andere Terrornetzwerke zu verteidigen. Die Taliban brachten mit ihrem Radikalismus Unsicherheit in das Land, die Region und die ganze Welt. Leider ist meine Heimat aufgrund ihrer Regierung und der Flucht des ehemaligen Präsidenten Ghani zusammengebrochen.

Letztes Jahr, gestern und heute wurden und werden Afghan*innen isoliert und von der internationalen Gemeinschaft aufgrund der extremen Ansichten der Taliban ausgeschlossen. Die Taliban bestimmen über das Leben von 40 Millionen Afghan*innen, über das das Recht auf Leben,

das Recht auf Freiheit, das Recht auf Bildung und alle Rechte. Vor allem die afghanischen Frauen und Mädchen haben in den letzten vier Jahrzehnten, in denen das Land von Kriegen heimgesucht wurde, eine Ära der Dunkelheit und des Aufruhrs erlebt. Sie haben ihr Engagement, ihre Hingabe und ihre Loyalität gegenüber der EU und ihren Verbündeten durch ihre Opfer bewiesen und sich mit ihren aufrichtigen und reinen Herzen und ihrem Leben für den edlen Weg der Demokratie entschieden.

Seit der Wiedererlangung der Macht durch die Taliban sind Frauen und Mädchen noch stärker betroffen. Um es deutlich zu machen: Am 20. Dezember 2022 verbot die so genannte De-facto-Regierung allen Mädchen, ihre höhere Bildung fortzusetzen, was in der Tat ein Grundrecht eines jeden Menschen ist. Eine Woche später erließ der „Oberste Führer“ Mullah Haibullah Akhondzada ein Dekret, das Frauen die Arbeit in Nichtregierungsorganisationen verbietet. Die Medien und der Rundfunk sind für Frauen beschränkt geworden und sie müssen ihr Gesicht verhüllen. Das alleinige Reisen wurde für Frauen und Mädchen verboten. Dies ist in der Tat die verzweifeltste und schwierigste Situation für Frauen und Mädchen in Afghanistan, mich eingeschlossen. Wir haben nicht das Recht zu studieren und wir haben nicht das Recht zu existieren.



Text: Schadab Noorzad, Aktivistin in Afghanistan



Impressum
Verantwortlich im Sinne des Presserechts
(V.i.S.d.P.):
Prof. Dr. Dietmar Köster, MdEP
c/o: Europabüro Dietmar Köster
Königstraße 69a
58300 Wetter (Ruhr)

Redaktion: Dr. Sonja Grabowsky, Lisa Storck
Layout: ideenkarussell.de
Auflage: 2.000
Alle Rechte des Europatelegramms, mit Ausnahme der gekennzeichneten Inhalte, liegen bei Dietmar Köster, MdEP.

